



Sitzung des Kreistags Borken am 25.02.2016

Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2016

Rede der Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion  
Elisabeth Lindenhahn

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

das zurückliegende Jahr 2015 wurde beherrscht von wechselnden Themen. Da waren erst die Euro- und Griechenlandkrise, gefolgt von der stetig wachsenden Zahl der Flüchtlinge mit dem Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Jahres.

Weltweite Terroranschläge erschütterten uns leider während des gesamten Jahres und führten schließlich zu einem militärischen Einsatz mit deutscher Beteiligung in Syrien.

In der Summe war es ein schwieriges und anstrengendes Jahr mit vielen, auch positiven Facetten.

Auf der Bundesebene konnten wir erfreut festhalten, dass die Einführung des Mindestlohnes nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat.

Die von der großen Koalition erhofften finanziellen Entlastungen für unsere Städte und Gemeinden sind leider noch nicht im benötigten vollen Umfang beschlossen worden.

Hoffen wir, dass der durch die Bundesländer gefundene Kompromiss beim Länderfinanzausgleich vom Bund auch, wie benötigt, mitgetragen wird. Nur dann steht unserem Land auch mehr Geld zur Verfügung.



Am unmittelbarsten wurde unser aller Engagement ohne Zweifel bei der Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge gefordert.

Dieses Thema ist zwischenzeitlich hautnah für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar geworden. Wir alle dürfen stolz sein, wie sehr sich der weitaus überwiegende Anteil unserer Landsleute bemüht, den ankommenden Menschen gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere auch hier im Kreis Borken.

Verwaltungsmitarbeiter aus dem Kreis und den Kommunen, soziale Träger und Ehrenamtliche krepelten die Ärmel auf und arbeiteten teilweise bis kurz vor dem Umfallen. Hierfür von uns unsere Anerkennung und unseren herzlichen Dank.

Das beschämteste für mich und auch für viele Menschen in Deutschland war aber die Meldung:

„Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry will an den deutschen Grenzen wieder "Recht und Ordnung" herstellen. Dazu sollten Polizisten notfalls schießen dürfen.“

Schießbefehle an Grenzen auf wehrlose Menschen kennen wir. Eine Wiederholung muss verhindert werden,

Hier sollte der Kreistagsabgeordnete der AfD aus Gronau, Herr Seifen, Flagge zeigen, und sich von dieser Äußerung seiner Parteivorsitzende öffentlich distanzieren.

Diese und viele andere Äußerungen schüren den rechten Sumpf. Auch hier im Kreis Borken gibt es Brandanschläge auf Häuser in denen Asylbewerber leben oder noch einziehen wollen. Sogar Waffen gegen die Flüchtlinge wurden eingesetzt. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist stark gesunken.

Hier müssen wir alle gegenhalten.

Daher ist es gut das die Landesregierung im Nachtragshaushalt Millionen für ein Maßnahmenpaket für Innere Sicherheit und bessere Integration bereit stellt.



Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

Der Haushalt 2016 ist geprägt von vielen Unwägbarkeiten. Trotzdem soll die Kreisumlage von 29,8 in 2015 auf 28,8 Prozentpunkte gesenkt werden.

Der Kämmerer schlägt vor, den für 2015 zu erwartenden Jahresüberschuss von ca. 6,95 Mio. EUR in 2016 der Ausgleichsrücklage zuzuführen als angemessener Mindestbestand für unterjährig entstehende unerwartete Mehrbelastungen während der Haushaltsausführung **und** weiterhin als „Puffer“ zur Vorsorge für die aktuelle Flüchtlingssituation.

Wir schließen uns dieser Auffassung an, denn so haben wir den dringend benötigten Puffer und trotzdem kann die Kreisumlage gesenkt werden. Hiermit können wir unsere Kommunen entlasten.

Zwar soll es mehr Geld für die Betreuung der Flüchtlinge geben, aber mit der Anerkennung der Asylanträge werden die betroffenen Menschen, solange sie keine Arbeit finden, automatisch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II oder besser bekannt als Hartz IV erhalten, erhöhen. Der Kreis Borken geht hier von über **600 neuen Bedarfsgemeinschaften** in 2016 aus.

Mit der Finanzierung dieses Bereichs hat man sich in Berlin noch gar nicht befasst, weil die Probleme der Unterbringung und Versorgung zunächst drängten. Erst ging es einmal um das Dach über dem Kopf und eine warme Mahlzeit am Tag. Jetzt muss aber möglichst schnell die Beschäftigung mit den weiteren Folgekosten erfolgen, damit die Kommunen an dieser Stelle nicht alleingelassen werden.

Das unbedingte Festhalten an der sogenannten „Schwarzen Null“ durch unseren Bundesfinanzminister muss vor dieser Entwicklung dringend hinterfragt werden. Erneut können wir nur darauf hoffen, dass sich die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern wird.



Herr Landrat,  
meine Damen und Herren

Es ist uns wichtig einen bedeutenden Schritt zur Bewältigung der Integration von Flüchtlingen zu leisten. In diesem Punkt sehen wir den Kreis auf einem guten Weg. Nach einem Jahr Diskussionen werden wir gleich, die Einrichtung eines **kommunalen Integrationszentrum** beschließen.

Die Einrichtung dieses Zentrum hatten die SPD und die Grünen bereits 2012 gefordert. Dieser Antrag wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt, da die Kreisverwaltung Borken erklärte, das sie das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als Querschnittsaufgabe wahrnimmt.

Da immer mehr Flüchtlinge - auch in den Kreis Borken kamen, haben wir den Antrag für den Haushalt 2015 erneut gestellt.

Herr Landrat eine Anmerkung hierzu:

Die SPD-Fraktion stellt keine Anträge um mal kurz in der Presse zu erscheinen. Wir stellen Anträge, weil wir die Notwendigkeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sehen. Gut integrierte Flüchtlinge sind eine Bereicherung für den Kreis Borken. Und wir freuen uns, dass auch Sie inzwischen zu der Meinung gekommen sind, das ein solches Zentrum für die Integrationsarbeit mehr als hilfreich sein kann.

Aber nicht nur hier ist der Kreis Borken tätig. Auch das Personal im Bereich des Kreisjugendamtes wird aufgestockt, damit u.a. die minderjährigen unbegleitenden Flüchtlinge gut untergebracht und betreut werden können.

Auch das Ausländeramt ist im Hinblick auf die Mehrarbeit mehr als ausgelastet. Deshalb können wir auch dieser Stellenaufstockung nur zustimmen.

Sie sehen, auf diesem Gebiet wird viel getan aber es gibt auch noch viel zu tun.



Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

soweit meine Ausführungen zur Flüchtlingspolitik.

Allerdings gibt es auch andere Baustellen im Kreis Borken. Anfang des Jahres ging ein Aufschrei durch die Medien.

Die **Gewässerverunreinigung** hatte stark zugenommen. Die Verwaltung reagierte sofort. Es werden umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, die Landwirte werden beraten und die Verursacher sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Bei unserem landwirtschaftlich geprägten Kreis ist mehr Kontrolle notwendig. Daher begrüßen wir, dass der Kreis Borken hierfür neue Stellen einrichtet.

Eine andere Baustelle ist für die SPD Kreistagsfraktion die **Verbraucherzentrale in Gronau**. Ende 2015 beschloss der Rat der Stadt Gronau, die Kofinanzierung einer halben Bürokräftstelle für 2016 nicht mehr zu übernehmen. Damit fiel für diese Stelle auch die Landesförderung weg.

Bereits in 2012 hat der Kreistag lange darüber diskutiert, ob dieser Zuschuss vom Kreis gewährt werden kann. Die Mehrheitsfraktion lehnte dieses Ansinnen ab, da die Verbraucherzentrale ihr Angebot nicht auf den Kreis ausweiten konnte. Wir haben damals schon gesagt, wie denn. Ohne eine weitere Beratungskraft ist dies nicht zu stemmen. Aber diese Kraft hätte dann der Kreis Borken erst einmal zu 100% zahlen müssen, da das Land erst einmal die die Kreise fördern wollte, die noch keine Verbraucherzentrale hatten. Diese Ausgabe war der Mehrheitsfraktion zu hoch.

Wir sind bei unserem jetzigen Antrag schon davon ausgegangen, dass jetzt die gleiche Diskussion geführt wird. Wir hatten aber die Hoffnung, dass der Kreis für 2016 doch einspringt, damit auch in diesem Jahr die Beraterin ihre Arbeit machen kann und nicht auch gleichzeitig das Telefon bedienen und die Büroarbeiten erledigen muss. Unser Hoffen war dem Gedanken entsprungen in 2016 muss es erst mal so wie bisher weiterlaufen, da in diesem Jahr in jedem Fall über den Fortbestand unserer einzigen Verbraucherberatungsstelle Vereinbarungen getroffen werden müssen. Die Stadt Gronau ist nicht mehr bereit, die Kosten hierfür alleine zu tragen. Der Vertrag wurde gekündigt.



Wir sind zwar nicht glücklich über die Ablehnung unsres Antrages, haben aber dadurch Diskussionen in den politischen Gremien des Kreises Borken angestoßen. Alle Fraktionen erklärten, dass die Verbraucherzentrale erhalten bleiben und gleichzeitig die Arbeit auf den Kreis ausgeweitet werden muss, so dass dann eine Förderung durch den Kreis erfolgen kann. Warten wir das Ergebnis ab.

Ein weiterer Knackpunkt bei den Haushaltsberatungen waren die 200.000 € die für das **Rock- und Popmuseum** im Haushaltsentwurf stehen, ohne das irgendjemand aus dem politischen Raum durch die Verwaltung davon unterrichtet wurde. Erst zur Sitzung des Kulturausschusses wurde der externe Antrag vorgelegt und die Mitglieder über den geplanten Umbau informiert. Die Informationen und auch der Antrag klangen vielversprechend.

Da der Haushalt aber vor der nächsten Kulturausschusssitzung verabschiedet wird und wir diesen Ansatz nicht kippen wollten, hat sich die SPD-Kreistagsfraktion vor Ort darüber informiert. Insbesondere der gut geplante Umbau fand viel Beifall. Ein ganz wichtiger Punkt ist jedoch das künftig auch sinnesgeschädigte Menschen die Ausstellung besuchen können. Wir werden dem Antrag jetzt uneingeschränkt zustimmen.

Wir würden uns aber wünschen, dass auch die externen Anträge, für die Verwaltung bereits Gelder im HH-Entwurf einstellt, ohne die Politik einzuschalten künftig mit den anderen externen Anträgen bei der Haushaltseinbringung vorgelegt werden. Hier sollte dann der Vermerk erfolgen, dass dies im Haushalt bereits berücksichtigt ist. Somit können sich die Fraktionen frühzeitig sachkundig machen.



Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

Zum 01.01.2016 wurde das seit Jahren von uns und den Grünen geforderte **Sozialticket** – jetzt Mobi-Ticket endlich eingeführt. Über die Annahme diese Tickets, die Form der Antragstellung usw. oder ob an den Stellschrauben etwas gedreht werden muss, werden wir in der nächsten Verkehrsausschusssitzung diskutieren.

Eine weiteres Problem ist die **Nahverkehrsmobilität**. Hier müssen wir die Modal-Split Erhebung ausführlich beraten und Möglichkeiten finden, wie der ÖPNV attraktiver werden kann und welche guten Alternativen zum ÖPNV wir für die Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Borken schaffen können.

Bei den **Tarifen für den ÖPNV** wurde von vielen Bürgerinnen und Bürger bemängelt, dass die Fahrpreise zu hoch sind. Wir müssen dieses Thema auch politisch angehen. Vielleicht finden wir eine Lösung. Sicherlich wird es schwierig werden. Aber einfach zu sagen, es ist nun mal so, geht nicht.

Ein anderes Thema, das wir uns auf die Fahne geschrieben haben, ist die Einführung eines **„Semester-Tickets“ für Auszubildende**, wie wir es für Studierende schon seit langem kennen. Dazu laufen bereits erste Gespräche. Doch die Realisierung setzt viele kooperative Partner – einschließlich des Landes voraus.

Im Bildungsbereich sind wir auf einen guten Weg. So hat übernimmt der Kreis die bisher kommunal angesiedelten **Förderschulen „Lernen“**. Für uns ein Erfolg, weil so eine Förderschule „Lernen“ im Kreisgebiet bleibt und damit den Eltern das Wahlrecht nicht genommen wird. Allerdings hätten wir uns gewünscht, das Frau Löhrmann bei dem Thema **„Mindestschülerzahl“** weniger mit der Brechstange herangehen würde. Ausnahmen in ländlichen Gebieten wären mehr als angebracht. Da diese Ausnahmen nicht mehr genehmigt werden, müssen unsere Kinder künftig teilweise viel längere Schulwege auf sich nehmen.





Zum Thema Inklusion gehören auch die **Integrationshelfer**. In 2016 hat der Kreis Borken hierfür 2.1 Mio. € veranschlagt – 150,000 € mehr als im vergangenen Jahr. Und es wird weiter steigen. Mit diesem Thema müssen wir uns im Sozialausschuss dringend beschäftigen und nach Lösungen suchen.

Das **kommunale Investitionsförderungsgesetz** entlastet die Kreiskasse und somit auch unserer Kommunen. Wichtige Baumaßnahmen, die auch ohne diese Förderung hätten durchgeführt werden müssen, können nun mit einer minimalen Belastung für unseren Haushalt durchgeführt werden. Dem vorgelegtem Maßnahmenprogramm konnten wir ohne wenn und aber zustimmen.

Bei der **Jugendamtsumlage** sehen wir keinerlei Möglichkeiten diese zu senken. Insgesamt steht gerade die Prävention unter starkem Finanzierungsdruck und in der ständigen Gefahr dem Sparzwang öffentlicher Kassen zum Opfer zu fallen. Schaden am Kind zu verhindern ist eine freiwillige Leistung, entstandenen Schaden zu beheben allerdings eine kommunale Pflichtaufgabe. Prävention kostet aber nur einen Bruchteil von dem, was die Reparatur kostet, wenn das überhaupt funktioniert.

Wenn wir die Budgetberichte bekommen, fällt uns immer wieder auf, das viele **Stellen nicht besetzt sind**. Inzwischen schlägt auch der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu. Wir sollten in den einzelnen Fachausschüssen darüber reden, woran das liegt und wie wir Fachkräfte in den Kreis Borken bekommen können.

Lassen Sie mich zum Schluss unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zum Ausdruck bringen.

Sie leisten hervorragende Arbeit.

Die SPD will, dass der öffentliche Dienst und hier unsere Kreisverwaltung weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.



Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden dem Haushalt 2016 zustimmen, auch wenn es uns nicht gelungen ist, sie von der Notwendigkeit einer Bezuschussung der Verbraucherberatung zu überzeugen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf Ihnen für die SPD Fraktion zusichern, dass wir die Arbeit der Kreisverwaltung weiterhin kritisch und mit innovativen Anträgen begleiten werden.

Es lebt sich gut im Kreis Borken – und das soll auch so bleiben.

Und zwar für alle Menschen, die bei uns wohnen.